

Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 02. November 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-01-0089

Integration braucht Integrationsbereitschaft

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 -

Wiesbaden ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Mehr als 30 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger haben einen Migrationshintergrund. Damit ist Wiesbaden bunt - eine Stadt, in der Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen friedlich zusammenleben.

Als erste Großstadt hat Wiesbaden einen Ausländerbeirat eingerichtet, mit der von allen großen Fraktionen im Stadtparlament getragenen Integrationsvereinbarung hat die Stadtgesellschaft Regeln für Integration und Zusammenleben aufgestellt, die sich bisher hervorragend bewährt haben.

Medienberichten zufolge soll sich aber hinter einem anerkannten Partner der Stadt, dem Türkischen Jugend- und Kulturbund e.V. in Biebrich eine rechtsextremistische türkische Organisation, die „Grauen Wölfe“ verbergen. Diese Berichte sind ernst zu nehmen und sachlich aufzuklären.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Erkenntnisse ihm über eine mögliche Beteiligung der „Grauen Wölfe“ am Türkischen Jugend- und Kulturbund e.V. vorliegen und wie sich eine solche Beteiligung auf die Förderbarkeit des Vereins auswirken würde.

Beschluss Nr. 0100

1. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 betr.

Integration braucht Integrationsbereitschaft

gilt als eingebracht.

2. Die mündlichen Berichte von Frau Stadträtin Zeimetz und Herrn Tischel (Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Integration) werden zur Kenntnis genommen.

3. Der Antrag kommt in der Sitzung des Ausschusses am 07.12.2010 erneut zum Aufruf.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2010

Schickel
Stv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2010

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister